



Katrin Werner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Katrin Werner, MdB, Paulinstraße 1-3, 54292 Trier

Offener Brief an

- an den Ministerpräsidenten Kurt Beck
- an die Bildungsministerin Doris Ahnen
- an die Regierungsparteien
- an die GEW Rheinland-Pfalz
- an den VBE Rheinland-Pfalz
- an die Landeschülerversammlung Rheinland-Pfalz

Trier, den 18.05.2011

Bezug: Kürzungspläne im Bildungsbereich

Katrin Werner, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Unter den Linden 50

Raum: 3.031

Telefon: +49 30 227-74337

Fax: +49 30 227-76337

Email_Berlin:

katrin.werner@bundestag.de

Wahlkreis_Büro:

Paulinstraße 1-3

54292 Trier

Telefon: +49 651 1459225

Fax: +49 651 1459227

WK_Email:

katrin.werner@wk.bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin schockiert über die Kürzungspläne der neuen Landesregierung im Bildungsbereich. Es ist schon ein Armutszeugnis, dass wenige Tage nach Veröffentlichung des Koalitionsvertrages die Inhalte bereits nicht mehr gelten.

Ich möchte Ihnen gerne einen Satz aus dem Koalitionspapier in Erinnerung rufen: „Wir werden auch bei zurückgehenden Schülerzahlen Lehrkräfte einstellen, um so eine gute Unterrichtsversorgung in allen Schularten zu sichern. Der jetzige Wegfall von 2000 Lehrerstellen steht dazu im krassen Widerspruch. Das sind immerhin vier Prozent aller Lehrerinnen und Lehrer.“

Im Wahlkampf wurde sowohl von SPD und Grünen versprochen, dass im Bereich der Bildung nicht gespart wird und zudem wurde Bildung zum wichtigsten Thema des Regierungshandeln erkoren. Das ist jetzt Makulatur! Rot-Grün belügt nicht nur die Wählerinnen und Wähler, sondern verstößt auch gegen den eigenen Koalitionsvertrag. Wer an der Bildung spart, zerstört die Zukunft unserer Kinder und somit unser aller Zukunft!

Ich frage mich, wie sie andere Versprechen des Koalitionsvertrages im Zuge dieser Sparpläne überhaupt erfüllen wollen?



Katrin Werner

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Qualität in den Schulen soll verbessert werden, Lehrkräfte entlastet und Schülerinnen und Schüler besser individuell gefördert werden. Wie soll das mit einer sinkenden Anzahl von Lehrkräften gewährleistet werden?

Vielmehr ist doch das Gegenteil der Fall. Das möchte ich an folgendem Aspekt verdeutlichen: Um auf möglichst wenig Vertretungskräfte angewiesen zu sein, wird jede mit einer Planstelle tätige Lehrkraft verpflichtet, bis zu drei Stunden Mehrarbeit zu leisten. Somit ergibt eine höhere Belastung für Lehrerinnen und Lehrer und keine Entlastung.

Folge einer solchen Politik ist zudem, dass viele junge Lehrerinnen und Lehrer, die bisher befristete Vertretungsverträge erhielten, die Arbeitslosigkeit droht. Es ist unklar, ob diese überhaupt neue Verträge bekommen. In der Vergangenheit ist es aber gerade vielen jungen Lehrkräften gelungen, über einen befristeten Vertretungsvertrag später eine Planstelle zu erhalten. Jetzt wissen diese jungen Menschen noch nicht mal, ob sie überhaupt eine Perspektive im Lehrberuf haben. Das sind keine guten Voraussetzungen für junge Familien bzw. Paare mit Kinderwunsch. Das steht im drastischen Widerspruch zur geforderten besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Zusätzlich steht die Landesregierung vor der Aufgabe die UN-Behindertenkonvention umzusetzen. Als Leitlinie hat sich die neue Landesregierung in den Koalitionsvertrag geschrieben: „Leben wie alle – mittendrin von Anfang an“. Im Bezug auf die Bildungspolitik heißt es dort „Gemeinsames Lernen von Anfang“. Diesen Satz kann ich als Menschenrechtspolitikerin nur unterstreichen.

Kindern muss von Beginn an vorgelebt werden, dass „anders sein“ normal ist. Ferner muss den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden, soziale Verantwortung für ihre Mitmenschen zu tragen. Das deutsche mehrgliedrige Schulsystem, wie es auch in Rheinland-Pfalz vorherrscht, erschwert aber genau dieses gemeinsame Lernen von Anfang an.

Ein inklusives Schulmodell setzt auf die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Ein solches Schul-



Katrin Werner

Mitglied des Deutschen Bundestages

modell bedeutet aber auch kleinere Klassen, so dass man auf den individuellen Förderbedarf der einzelnen Kinder eingehen kann. Wohnortnahe Schulstandorte müssen erhalten bleiben, so dass der morgendliche Schulweg möglichst kurz ist.

DIE LINKE fordert deshalb die flächendeckende Einrichtung „Einer Schule für alle“. Die Einführung von integrierten Gesamtschulen, die auch von Rot-Grün forciert werden, ist ein Weg in die richtige Richtung. Klar ist aber auch, um ein gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen umzusetzen, mehr und nicht weniger Lehrkräfte gebraucht werden. Die Streichung von Lehrkräften bzw. überhaupt Kürzungen im Bildungsbereich sind somit kontraproduktiv. Die Umsetzung eines inklusiven Schulmodell wird erheblich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

Misst man die neue Landesregierung im Bereich der Bildungspolitik an ihrer eigenen Vorgaben wird schnell deutlich das diese nicht eingehalten werden. Somit ist die neue Landesregierung bereits gescheitert, bevor sie ihre Arbeit richtig aufgenommen hat.

Mit freundlichen Grüßen

Katrin Werner